



Bundesregierung bricht Zusagen: Gemeinden bekommen nur 13,5 statt der zugesagten 36,6 Mio. Euro Corona-Hilfe und viel weniger als tatsächlich benötigt!

Seite 5

Gemeindefinanzstatistik:

Investitionsplus bei burgenländischen Gemeinden in der Krise trotz fehlender Hilfen des Bundes

Seite 3

**GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen besinnliche Feiertage!
Bleiben Sie gesund!**

GR- und Bürgermeisterwahl 2022: personelle Weichenstellung als Vorzeichen für die Wahlen im Herbst 2022

Seiten 6 und 7

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Applaus allein genügt nicht, wir brauchen ehrliche Wertschätzung!

**Geschätzte Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen!
Liebe Gemeindevertreter*innen!
Sehr geehrte Damen und Herren!**

Ich bin – ganz offen gesagt – als geerdeter Kommunalpolitiker angesichts der aktuellen Entwicklung der pandemischen Gesundheitskrise wirklich fassungslos, weil man seitens der Bundesregierung sehenden Auges die Bevölkerung, durch Vorgaukeln von falschen Informationen, ins Chaos manövriert hat. Denken wir nur an das von der Kurz-ÖVP bereits mehrfach verkündete Ende der Pandemie.

Ich bin als Gemeindevertreter auch deshalb fassungslos, weil von eben dieser Bundesregierung gerade diejenigen, die das System am Laufen halten, im Stich gelassen werden. So geht es nämlich beispielsweise dem Personal im Gesundheits- und Pflegebereich, den Lehrer*innen, aber auch den Systemerhaltern in den Ländern und in den Gemeinden.

Deshalb fordere ich als GVV-Vorsitzender nachweislich bereits seit 1 ½ Jahren mehr Wertschätzung und eine 100%ige Abgeltung des Corona-Einnahmefalles für Gemeinden: 250,- Euro/Einwohner ergaben bereits vor einem Jahr die Ausfallsberechnungen und somit unsere Forderung an die Bundesregierung. Aber die Bundesregierung liest und lässt die Städte und Gemeinden finanziell weiterhin im Stich! An diesem Beispiel sieht man klar und deutlich, dass hier viel Showpolitik und wenig Substantielles dabei ist.

Der sogenannte Strukturfonds – übrigens eine Erfindung des GVV – der in den letzten FAG Verhandlungen installiert wurde, wirkt in dieser dramatischen Finanzsituation für etliche Gemeinden im Burgenland wenigstens abmildernd.

Die Gemeinden können jedenfalls von keinem milden Verlauf der Finanzkrise in ihren Gemeindekassen sprechen. Vielmehr befinden sich viele Gemeinden bereits in stationärer Behandlung und einige sogar schon auf der Intensivstation.

Jedenfalls müssen die Gemeinden die vorhandene Infrastruktur bezahlen und sollten obendrein noch in klimafreundliche Technologien investieren. Das geht sich aber mit diesem trickreichen Aushungerprogramm seitens der Bundesregierung ganz einfach nicht aus. Daher muss es eine faire Verteilung der Steuereinnahmen geben und die geplante Co² Steuer muss auf alle Gebietskörperschaften über das FAG aufgeteilt werden!

Ein erster und längst fälliger Schritt wäre es aber, die versprochenen Ertragsanteils-VORSCHÜSSE, die FM Blümel jetzt plötzlich und kurzfristig zurückfordert, sofort in nichtrückzahlbare ZUSCHÜSSE umzuwandeln!

In diesem Sinn bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und starken Zusammenhalt und wünsche uns viel Kraft und Zuversicht für das neue (Wahl-) Jahr 2022. Frohes Weihnachtsfest und guten Rutsch!

Mit freundschaftlichen Grüßen
Euer

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

GVV Präsident
Erich Trummer
und Gemeindefe-
rentin Landes-
hauptmann-
Stellvertreerin
Astrid Eisenkopf
Foto: GVV Bur-
genland



Finanzstatistik: Investitionsplus in der Krise trotz fehlender Hilfen des Bundes

Die burgenländische Gemeinden kamen verhältnismäßig gut durch das Krisenjahr 2020, so zumindest lässt sich die im November 2021 veröffentlichte Gemeindefinanzstatistik für das erste Krisenjahr 2020 interpretieren. Gemeindefe-
rentin LHStv. Mag. Astrid Eisenkopf und GVV Präsident Trummer betonten beide den partnerschaftlichen Weg zwischen Land und Gemeinden, der auch in der Krise nicht verlassen wurde.

Ende 2021 zeigt sich, dass die 171 burgenländischen Gemeinden gut durch das Krisenjahr 2020 gekommen sind. Das sei auch der starken partnerschaftlichen Beziehung des Landes Burgenland und der Gemeinden zu verdanken, sagt GVV Präsident Trummer: „Die Partnerschaft zeigt sich in einem steigenden Serviceangebot seitens des Landes auf das sich die Gemeinden auch zukünftig verlassen können. Aber auch der Strukturfonds im Finanzausgleich – eine wesentliche Errungenschaft des GVV Burgenland bei den letzten FAG Verhandlungen – hat den burgenländischen Gemeinden in der Krise bisher überproportional geholfen.“ Die Gemeinden sind und waren, trotz Corona-Pandemie, einer der wichtigsten Motoren der heimischen Wirtschaft und haben 2020 sogar mehr investiert als 2019. Damit konnte auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im Land gesichert werden. GVV Präsident Trummer: „Die burgenländischen Gemeinden und ihre Verantwort-

lichen haben in der Krise sehr gute Arbeit geleistet. Eine besondere Herausforderung stellte auch die Umstellung der Haushaltsführung von der Kameralistik auf die Doppik dar, die ebenfalls gut gemeistert wurde!“

Mit rund 102 Millionen Euro wurden im Jahr 2020 rund eine Million Euro mehr investiert, als im Jahr 2019. Mehr als 80 Prozent der Investitionskosten flossen in den Baubereich, vorwiegend in die Wasser- und Abwasserversorgung, den Straßenbau und Hochwasserschutz. In Summe wurde zur Finanzierung der operativen Gebarung, der Investitionstätigkeiten und der Rückführung von bestehenden Finanzierungen, Einzahlungen von rund 654 Millionen Euro vereinnahmt, die zu rund 57 Prozent auf den Bereich Finanzwirtschaft und somit auf die Ertragsanteile, Transferzahlungen und Steuereinnahmen entfallen. Der verbleibende Rest entfällt beispielsweise auf Gebühren und Entgelte, auf Mieterlöse und Erlöse aus wirtschaftlichen Unternehmungen. Den Einzahlungen stehen Auszahlungen im Ausmaß von rund 653 Millionen Euro gegenüber. Diese belaufen sich vorwiegend auf den Bereich der Dienstleistungen, den vorschulischen und schulischen Bereich und jenen der allgemeinen Verwaltung.

Die Umlagenbelastung pro Kopf ist im Österreichvergleich nach wie vor im Burgenland am geringsten – und mit 276 Euro pro Kopf hierzulande nur ca. halb so hoch wie in anderen Bundesländern.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland
wünscht alles Gute
zum Geburtstag!

BGM.
Andreas ROTPULLER 40
Trausdorf

BGM.
Walter ZLOKLIKOVITS 60
Heugraben

BGM. a.D.
Viktor HERGOVICH 60
Trausdorf

BGM. BR. a.D.
Jürgen SCHABHÜTTL 50
Inzenhof

BGM.
Christian WENINGER 60
Lackebach

BGM. LAbg. a.D.
Werner FRIEDL 70
Zurndorf

VZBGM.ⁱⁿ
Bettina ZENTGRAF 50
Mörbisch

VZBGM.
Karl J. DEGENDORFER 70
Weppersdorf

VZBGM.
Helmut KOVACSITS 60
Güttenbach

Zur Sache!

Liebe Gemeindevertreterinnen! Liebe Gemeindevertreter!



Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Es gibt Abseits der Corona Pandemie, die die Menschen und auch unsere Kommunen und ihre FunktionärInnen massiv fordert, natürlich noch eine zweites großes Megathema unserer Zeit und damit eine Herausforderung für die Städte und Gemeinden. Den Klimaschutz und generell die Ökologisierung des Landes und der Kommunen.

Der zentrale politische Schwerpunkt steht fest: Klimaanpassung und Klimaschutz. Wir brauchen einen Masterplan Zukunft in diesem Bereich auch für Österreich. Das, was die türkis-grüne Bundesregierung bisher vorgelegt hat, nämlich die ÖKO-Steuerreform, ist erstens zu wenig für den Klimaschutz und zweitens ein Anschlag auf die Gemeinden, wie auch die vom KDZ neuerlich präsentierte Studie zu Tage fördert, da die Finanzierungslücken der Kommunen dadurch nur noch weiter aufgehen und die Sicherung von klimafreundlichen kommunalen Investitionen völlig verfehlt wurde, da es für die Co² Abgabe z.B. keinerlei Zweckwidmung gibt. Dabei haben die Städte und Gemeinden eine Schlüsselfunktion in diesem Bereich. Der zentrale politische Schwerpunkt jeder Legislaturperiode ab jetzt steht fest: Klimaanpassung und Klimaschutz. Die Zeit drängt. Man muss aber deutlich davor warnen, nicht immer nur hehre Ziele zu beschreiben und – wie in Österreich oft praktiziert – sich gegenseitig zu überbieten und medial zu glänzen. Entscheidend ist, was realistisch und finanzierbar ist. Wir brauchen einen klimafitten Masterplan Zukunft für die Städte und Gemeinden in Österreich. Der notwendige schnelle Ausbau der alternativen Energien (Windkraft, Solaranlagen,...) wird nur gelingen, wenn wir es schaffen, die Menschen vor Ort zu überzeugen und mitzunehmen. Die Klimaschutzziele müssen nicht nur beschrieben und freitags durch Demonstrationen unterstützt werden, sondern ihre Umsetzung muss konkret vorangebracht und nachhaltig finanziert werden. Dabei müssen die sozialen Belange, die Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze gewichtet werden. Gute Politik für die Zukunft des Landes hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort zu verbessern. Die Überzeugung und Bereitschaft der Menschen mitzumachen und selbst aktiv zu sein ist dabei entscheidend. Solange der Grundsatz gilt „Ich bin für Klimaschutz, möchte aber die Windenergie nicht sehen und den Schienenverkehr nicht hören“, werden wir scheitern. Hier muss man die Einstellung verändern. Wir in den Kommunen sind nahe an den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wissen, wie es geht. Man muss daher den Gemeinden und Städten die richtigen Werkzeuge in die Hand geben und die richtigen Förderkulissen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Wenn das geschieht, sind wir Motor dieses Wandels auf regionaler und lokaler Ebene.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer



GVV Präsident Erich Trummer und Gemeindereferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf wünschen sich, dass nun endlich Schluss sein muss mit der türkisen Show- und Inszenierungspolitik: „Schallenberg hat jetzt die Chance, wieder auf einen vernünftigen, faktenbasierten Kurs einzuschwenken.“
Foto: SPÖ Burgenland

Gemeindepaket des Bundes wird zur Farce für burgenländische Gemeinden

Eisenkopf/Trummer: „Finanzminister setzt Vertrauen der Gemeinden aufs Spiel und bricht seine Versprechen.“

Die 171 burgenländischen Gemeinden sind bis dato gut durch die Krise gekommen. Dies ist u.a. auf die zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen des Landes zurückzuführen. Während das Land Burgenland sein Versprechen hält, scheint das vom Bund groß angekündigte Gemeindepaket in Milliardenhöhe immer mehr zur Farce für die burgenländischen Gemeinden zu werden.

„Wichtige Auszahlungen lassen auf sich warten. Bereits überwiesene Unterstützungsgelder werden nun doch früher als ursprünglich vorgesehen vom Bund aus den „Gemeindekassen“ gezogen!“, betonen Gemeindereferentin LHstv. Astrid Eisenkopf und GVV-Präsident Erich Trummer.

Türkise Showpolitik muss aufhören

Entrüstet über die Show-Politik der türkisen geführten Bundesregierung zeigt sich GVV Präsident Erich Trummer. Finanzminister Blümel hat für die Städte und Gemeinden viel versprochen und wenig gehalten. Die GVV Forderung nach einer vollständigen Abgeltung der Einnahmenverluste der Kommunen durch die Coronakrise seitens des Bundes wurde nicht annähernd erfüllt. Trummer rechnet vor, was an Hilfgelder des Bundes notwendig gewesen wäre, was die ÖVP den Gemeinden versprochen hat und was tatsächlich in den Gemeindekassen in Form von frischer Liquidität ankam. Trummer: „Es zeigen sich dabei eklatante

Gegensätze. Für alle burgenländischen Gemeinden kann man sagen, dass 100% des Kriseneinnahmefalls gebraucht worden wären, Blümel weniger als die Hälfte davon versprochen hat, die ÖVP Burgenland dies auch plakatiert hat und tatsächlich nur rund ein Drittel des versprochenen Geldes tatsächlich in den Gemeindekassen angekommen ist!“

Des Weiteren fordert der GVV auch eine Abgeltung für die Kosten der eben erst verabschiedeten ÖKO-Steuerreform der Bundesregierung. Diese Kosten tragen zu 13% die Kommunen, das entspricht 2,4 Milliarden Euro oder 650 Millionen Euro pro Jahr. Für die burgenländischen Gemeinden sind das jährlich 13,4 Millionen Euro weniger Einnahmen. Daher fordert der GVV, dass die neu eingeführte Co² Abgabe eine gemein-

schaftliche Bundesabgabe wird, damit sie auch im Finanzausgleich Berücksichtigung findet und keinen weiteren Einnahmefall bedeutet. Aber auch der ÖVP Burgenland ist anzuraten, sich mehr bei ihren Parteikollegen Schallenberg und Blümel für die Gemeinden einzusetzen, anstatt finanzielle Versprechen zu plakatiert. Ein erster Schritt wäre die versprochenen Ertragsanteils-Vorschüsse, mit denen Blümel bisher gearbeitet hat, sofort in nichtrückzahlbare Zuschüsse umzuwandeln“, so Eisenkopf und Trummer.

„Ich fordere vom Bund für die burgenländischen Gemeinden 87,5 Millionen Euro Hilfgelder als tatsächlichen Einnahmefallausgleich. Das sind um 74 Millionen Euro mehr als uns der Finanzminister tatsächlich überwiesen hat“, sagt Trummer.

Bgl. Gemeinden

SPÖ Forderung:

**Auflagenfreie Corona Hilfe + Steuerreform
87,5 Mio. Euro**

ÖVP versprochene Corona Hilfe

36,6 Mio. Euro

ÖVP tatsächliche Gemeindekasse

13,5 Mio. Euro

Bürgermeisterwechsel in Siegendorf, Frauenkirchen,

In Siegendorf, Zagersdorf, Wallern, Steinberg-Dörfel und Frauenkirchen haben die bisherigen Ortschefs ihr Amt vorzeitig zurückgelegt. Die Neuen an der Ortsspitze sind Rita Stenger (Siegendorf), Ivan Grujic (Zagersdorf) und Hannes Schmid (Frauenkirchen).

Landtagsabgeordnete Rita Stenger löst Rainer Porics nach zehn Jahren als Bürgermeister ab und ist damit die erste Frau in diesem Amt in Siegendorf. Seit 2020 sitzt die Pädagogin als Familiensprecherin im burgenländischen Landtag. Stenger ist auch die derzeit einzige sozialdemokratische Bürgermeisterin im Bezirk Eisenstadt-Umgebung.

Der neue Bürgermeister von Wallern heißt Ernst Oroszlan. Damit ging auch eine Ära zu Ende: Helmut Huber übergab das Bürgermeisteramt nach 25 Jahren.

Frauenkirchen: Neben Landesrätin Mag. Daniela Winkler, waren die beiden SPÖ-Bezirksvorsitzenden NRAbg. Maximilian Köllner, MA und LABg. Kilian Brandstätter sowie SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Fritz Radspäck vor Ort, um „ihrem“ neuen Bürgermeister zu gratulieren.

Foto: SPÖ Burgenland

Siegedorf: LHStv. und Bezirksvorsitzende der SPÖ Astrid Eisenkopf, GVV-Bezirksvorsitzender Bgm. Michael Lampel, SPÖ-Klubobmann Vzbgm. Robert Hergovich, SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Bgm. Richard Frank, Landtagsabgeordneter Bgm. Thomas Schmid, BR Günter Kovacs und Nachbarbürgermeister Ivan Grujic mit der neuen Bgm. Rita Stender und Vizebürgermeister ist Norbert Schelkovsky.

Foto: SPÖ Burgenland



Zagersdorf: Richard Frank, Astrid Eisenkopf, Ivan Grujic, Helmut Zakall, Michael Lampel, Maximilian Köllner, Herbert Oschep mit Töchterchen Emilia

Foto: SPÖ Burgenland



Zagersdorf, Wallern und Steinberg-Dörfel



Der neue Bürgermeister von Wallern heißt Ernst Oroszlan (1. Bild von links).

In Steinberg-Dörfel tritt Manfred Schmidt tritt in die Fußstapfen von Klaudia Friedl.

Fotos: SPÖ Steinberg-Dörfel, SPÖ Wallern

Bei der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates Anfang Oktober wurde Hannes Schmid mit einem Stimmverhältnis von 13 zu 9 – eine Gemeinderätin war entschuldigt – zum neuen Bürgermeister von Frauenkirchen gewählt. Er folgt in dieser Funktion Josef Ziniel.

In Zagersdorf hat Helmut Zakall sein Amt nach 20 Jahren an Ivan Grujic übergeben.

Nach dem Rücktritt von Bürgermeisterin Klaudia Friedl wurde Manfred Schmidt zum neuen Bürgermeister von Steinberg-Dörfel gewählt.

Der GVV Burgenland bedankt sich bei

den scheidenden BürgermeisterInnen für die geleistete Arbeit und die gute und stets offene und ehrliche Zusammenarbeit mit dem Verband und wünscht der neuen Bürgermeisterin und den neuen Bürgermeistern viel Erfolg und Kraft für ihre neue Aufgabe.

**energie
BURGENLAND**

Hast du Platz auf deinem Dach?

Dann hol dir Sonnen**Max** oder Sonnen**Marie**



Deine
PV-Anlage
ab 45 Euro
im Monat!

Nähere Informationen auf weiterdenker.at

SPÖ Parndorf stellt sich neu auf

Nach dem Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden der SPÖ Parndorf, Norbert Samwald, leitete dessen Nachfolger Erwin Czerwenka eine Strukturreform im Gemeinderat ein: „Wir haben uns innerhalb der Partei, gemeinsam mit Norbert Samwald, im Zuge von Besprechungen und Klausuren, Gedanken über die Zukunft der SPÖ Parndorf gemacht. Uns ist völlig klar, dass wir für die Bevölkerung eine tatsächliche Alternative sein müssen. Wir werden unser Team weiter verjüngen, damit neue Ideen einfließen lassen und uns für die im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahlen völlig neu aufstellen.“ Unter dieser Prämisse sind einige verdienstvolle ältere Kollegen in die zweite Reihe zurückgetreten, um jüngeren Kollegen die Einarbeitung im Gemeinderat zu ermöglichen. Sie stehen auch weiterhin der Fraktion mit Rat und Tat zur Seite. „Unabhängig davon führen wir zahlreiche Gespräche mit Parndorferinnen und Parndorfern und bauen gleichzeitig das Team der SPÖ neu auf. Jede und jeder hat die Chance einzusteigen und mitzumachen“, so Czerwenka.

Czerwenka übernahm das freiwerdende Gemeindevorstandsmandat der SPÖ von Norbert Samwald, der gleichzeitig aus dem Gemeinderat ausscheidet. Mit Samwald scheidet Johann Rechberger und Gottfried Wallentich aus dem Gemeinderat aus, letzter übernimmt das Ersatz-Gemeinderatsmandat der SPÖ. Dieter Koosz und Christian Znidaric, beide Jahrgang 1977, rücken auf die freien Gemeinderatsmandate der SPÖ Parndorf nach.



Christian Znidaric, Erwin Czerwenka, Dieter Koosz.
Foto: SPÖ Parndorf



GVV Burgenland Präsident Erich Trummer mit seinen Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Inge Posch-Gruska und GVV Österreich Vorsitzenden NR Andreas Kollross. Foto: GVV Bgld.

GVV-Österreich Bundeskonferenz in St. Pölten

Unter dem Motto „Starke Gemeinden. Gutes Leben.“ fand Mitte November nach dem Städtetag die Bundeskonferenz des Sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbands Österreich (GVV) in St. Pölten statt.

Der niederösterreichische SPÖ-Landesparteivorsitzende, LH-Stv. Franz Schnabl und der Präsident des GVV Niederösterreich und bisherige Präsident des GVV Österreich Rupert Dworak eröffneten die Konferenz und freuten sich, Delegierte und Gäste begrüßen zu dürfen. Unter den Gästen fanden sich u.a. SPÖ-EU-Delegationsleiter Andreas Schieder, SPÖ-Bundesratsfraktionsvorsitzende, ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann und SPÖ-Frauvorsitzende Eva-Maria Holzleitner sowie die

meisten GVV Bundesländer Präsidenten und Geschäftsführer. Die Delegation des GVV Burgenland wurde angeführt von GVV Präsident Erich Trummer und den beiden GVV Burgenland Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Inge Posch-Gruska, die auch beide in den GVV Österreich Bundesvorstand gewählt wurden.

Im Rahmen der Konferenz wurden alle Gremien des GVV Österreich neu gewählt. Die bisherige Doppelspitze mit Dr. Maria Luise Matthiaschitz und Rupert Dworak wurde wieder auf eine Person zusammengeführt. Der Kommunalsprecher der SPÖ-Fraktion im Nationalrat Andreas Kollross, Bürgermeister aus Trumau in Niederösterreich, wurde von den 150 Delegierten mit überwältigender Mehrheit zum neuen, alleinigen Vorsitzenden gewählt.



Landeshauptmann Doskozil besucht Handler Bau in Neutal. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landesrat Heinrich Dörner besuchten im November gemeinsam mit Bürgermeister Erich Trummer die Handler Bau GmbH in Neutal. Das Unternehmen mit vier Niederlassungen in Österreich beschäftigt 520 Mitarbeiter und 25 Lehrlinge bei einem Jahresumsatz von 270 Millionen Euro im Jahr 2021. Foto: LMS Burgenland

Gemeindepflichten bei der Schneeräumung

Nach der Straßenverkehrsordnung müssen grundsätzlich die Eigentümer von Liegenschaften im Ortsgebiet (ausgenommen Eigentümer von unverbauten, land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften) dafür sorgen, dass Gehsteige und Gehwege, die sich innerhalb einer Entfernung von drei Metern ab der Grundstücksgrenze befinden und dem öffentlichen Verkehr dienen, entlang der gesamten Liegenschaft in der Zeit von 6 bis 22 Uhr von Schnee und Verunreinigungen gesäubert und bestreut sind. Die Gemeinde ist zur Schneeräumung auf Gehwegen nach der Straßenverkehrsordnung lediglich dann verpflichtet, wenn sie Grundstückseigentümer im Ortsgebiet ist und Gehwege und Gehsteige innerhalb einer Distanz von drei Metern anliegen.

Das Burgenländische Straßengesetz 2005 sieht vor, dass der Winterdienst (Aufstellen von Schneezeichen und Schneezäunen, Schneeräumung und Streuung) auf den öffentlichen Straßen dem jeweiligen Straßenerhalter obliegt. Zur Erfüllung der Verpflichtung kann jeder Straßenerhalter Vereinbarungen mit anderen Rechtsträgern treffen (z.B. Maschinenring).

Von den Wegehalterpflichten und der entsprechenden Haftungsbestimmung sind auch die Gemeinden betroffen. Dies gilt in der Regel für Gemeindestraßen und überregionale Radwege.

Wird ein Weg der Gemeinde (Fußweg, Gemeindestraße etc.) jedoch unerlaubt trotz Verbots benützt, so ist eine Haftung der Gemeinde ausgeschlossen. Eine Haftung der Gemeinde ist in der Regel auch dann nicht gegeben, wenn sie die Erfüllung der oben genannten Pflichten einem Privaten vertraglich überträgt.



Die Verpflichtung zur Schneeräumung auf Straßen und Gehwegen ist gesetzlich klar geregelt Foto: Günter Havlena_pixelio.de



GVV Burgenland Vorstandsmitglied Fabio Halb (2. v. l.) beim Netzwerktreffen in Berlin

Foto: Österreichischer Gemeindebund

Netzwerk junger Bürgermeister:innen

In Berlin kamen am 18. und 19. November jungen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu einem Austausch- und Netzwerktreffen zusammen. Auch eine kleine Delegation aus Österreich war dabei.

Unter den Teilnehmern war auch GVV-Burgenland Vorstandsmitglied Bürgermeister Fabio Halb aus Mühlgraben. Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Ralf Spiegler, sowie der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Alfred Riedl begrüßten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Palais Kulturbrauerei. „Für mich war das Treffen wirklich eine in-

teressante Erfahrung – die deutschen Kolleginnen und Kollegen haben ähnliche kommunale Themen und Herausforderungen wie wir in Österreich. Austausch, Netzwerken und Empowerment tut da einfach gut – auch über die Ländergrenzen hinweg“, sagt Fabio Halb. „Ein tolles Rahmenprogramm und viele gute Gespräche mit Kolleg:innen aus Deutschland“, resümiert der Bürgermeister von Mühlgraben, der bei seinem Amtsantritt der jüngste Bürgermeister Österreichs war.

Nächstes Jahr ist ein ähnliches Austausch- und Vernetzungstreffen in Wien geplant.



Ehrenbürgerschaft und Goldenes Ehrenzeichen des Landes für Gerhard Kisser: Zu seinem 80. Geburtstag erhielt der Museumsgründer des Freilichtmuseums Gerersdorf bei Güssing, Herhard Kisser, die Ehrenbürgerschaft der Gemeinde Gerersdorf-Sulz überreicht. Gleichzeitig verlieh ihm die Burgenländische Landesregierung das „Goldene Ehrenzeichen des Landes“, überreicht von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Foto: Gerersdorf-Sulz



CHARGEWELL
connecting energy

Ladelösungen für jede Situation

Maßgeschneiderte Lösungen inklusive Verwaltung
und kostenloser Ladeinfrastruktur



**Jetzt
Beratungstermin
sichern!**

Chargewell - connecting energy

Lightwell Austria GmbH

Herr Stefan Schanta, stefan.schanta@lightwell.eu

www.chargewell.at

Neutal feiert seinen 750. Geburtstag

Unter dem Motto „Tag der Vielfalt“ feierte Neutal heute, Sonntag, mit einem großen Festakt das 750-Jahr-Jubiläum, zu dem auch Wirtschafts- und Soziallandesrat Dr. Leonhard Schneemann gekommen war

„Die Geschichte von Neutal ist auch Spiegelbild für den wirtschaftlichen Aufschwung des Burgenlandes. Neutal ist als Industrie-, Wirtschafts- und Tourismuszentrum ein Paradebeispiel, wie es gelingen kann. 1100 Einwohnern stehen noch mehr Arbeitsplätze gegenüber. Das steht für Mut und Risikobereitschaft. Auch das soziale Miteinander machen Neutal zu einer Vorzeigegemeinde“, hob Landesrat Leonhard Schneemann in seiner Festansprache hervor.



Bürgermeister Erich Trummer überreichte Landesrat Dr. Leonhard Schneemann die Ortschronik sowie einen „Neutaler“.

Foto: LMS



Für die Gemeinde gut verhandelt: Vizebürgermeister Andreas Bandat, die zukünftige Amtsleiterin Mag. Viktoria Suschnigg, Amtsleiter Franz Straussberger, Bürgermeister Christoph Haider und Rechtsanwalt Mag. Christian Dax.

Foto: Gemeinde Draßburg

Draßburg: Bankenskandal mit positivem Ausstieg für Gemeinde

Draßburg ist es geglückt, positiv aus dem Skandal rund um die Commerzialbank auszusteigen.

„Wir haben sieben Hektar Bauland erschlossen. Aus diesem Grund hat die Gemeinde gemeinsam mit der Commerzialbank Mattersburg vor etwa vier Jahren eine GmbH – die Draßburger Baulanderschließungs GmbH – gegründet. 51 Prozent davon hielt die Gemeinde, 49 Prozent die Commerzialbank. Intention dahinter war die Bereitstellung von Bauplätzen für Einfamilienhäuser, eingebettet in schöne, ruhige Naturlandschaft. Es gab auch schon zahlreiche Kauf-Voranmeldungen von interessierten Häuslbauern“, erklärt Bürgermeister Christoph Haider. Bei der Umsetzung der Pläne kam es zu Verzögerungen, zuerst auf Grund von archäologischen Funden bei Grabungsarbeiten, dann Corona-Krise und danach folgte im Sommer 2020 der Bank-Crash.

Bis zum Commerzialbank-Skandal sind für

dieses Vorhaben Gelder in der Höhe von rund zwei Millionen Euro für den Ankauf der Grundstücke, für die Aufschließung, archäologische Grabungen oder Teilungs- und Vermessungspläne aufgewendet worden. „Diese wurden vom Masseverwalter der Bank fällig gestellt. Nach langen, zähen Verhandlungen wurde zwischen der Gemeinde und dem Masseverwalter folgende Einigung erzielt: Die Gemeinde kann um 1,5 Millionen Euro die Anteile der Commerzialbank übernehmen. Damit haben wir uns 500.000 Euro erspart“, freut sich Haider.

Natürlich habe man auch einige „Druckmittel“ gehabt, die bei den harten Verhandlungen mit dem Massenverwalter ins Spiel gebracht worden seien, so Haider. Schlussendlich kam es zu einem Kompromiss, mit dem beide Seiten leben konnten.

„Ziel muss es nun sein, dass wir so schnell wie möglich die versprochenen Bauplätze für unsere zukünftigen Häuslbauer bereitstellen“, erklärt Haider.

Gesunde Jause für Kindergartenkinder in Sulz.

Vizebürgermeister Roman Jandrisevits brachte den Kindergartenkindern der Gemeinde Gerersdorf-Sulz eine gesunde Jause vorbei. Diese freuten sich über Gebäck, Aufstriche sowie Bio-Gemüse vom Bio-Wurzelhof in Gerersdorf. Die Pädagoginnen Silvia Schweitzer, Julia Horvath und Tanja Peterszel mit den Kindern im Sulzer Kindergarten freuten sich riesig und bedankten sich recht herzlich.

Foto: SPÖ Sulz

Vorsitz-Übergabe im Städtebund Burgenland

Anfang November fand in Mattersburg die Übergabe der Agenden im Städtebund – Landesgruppe Burgenland statt. Vorsitzende Bgm. Ingrid Salamon aus Mattersburg übergab an Landtagsabgeordnete Bgm. Elisabeth Böhm aus Neusiedl am See.

44 Delegierte trafen sich Anfang November in der Bauermühle in Mattersburg zur Landeskonferenz der Städtebund-Landesgruppe Burgenland. Obfrau Bürgermeisterin Ingrid Salamon konnte neben Landeshauptmannstellvertreterin Mag. Astrid Eisenkopf und Generalsekretär Dr. Thomas Weninger vom Österreichischen Städtebund noch zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter auch GVV Burgenland Präsident Erich Trummer.

Salamon bedankte sich bei allen Vorstandsmitgliedern für die über alle Parteigrenzen hinweg gelebte konstruktive Zusammenarbeit in den letzten neun Jahren. Sie betonte auch, dass es dadurch gelungen sei, den Städtebund als Interessensvertretung der 15 Mitgliedsstädte im Burgenland

bestens zu positionieren. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war aber die Neuwahl der Vorsitzenden der Landesgruppe. Nachdem Ingrid Salamon noch 2021 als Bürgermeisterin von Mattersburg ausscheiden wird, legte sie auch den Städtebundvorsitz zurück.

Elisabeth Böhm übernimmt Vorsitz

Zur neuen Obfrau wurde mit 38 Ja-Stimmen von 39 stimmberechtigten Delegierten (somit 97,44 % Zustimmung) die Bürgermeisterin der Stadtgemeinde Neusiedl am See, Landtagsabgeordnete Elisabeth Böhm, gewählt. Damit wird die Bürgermeisterin von Burgenlands zweitgrößter Stadt neue Vorsitzende. Böhm dazu: „Es ist mir eine große Freude und Ehre den Vorsitz der Landesgruppe Burgenland des Österreichischen Städtebundes zu übernehmen. Ich stehe dafür, dass wir unsere Kräfte, unser Wissen und Know-how, bündeln und wie in den letzten Jahren gemeinsam als Burgenländischer Städtebund an der Zukunft unseres Landes arbeiten.“

Landeshauptmann-Stellvertreterin As-

trid Eisenkopf verwies in ihrer Rede auf die Wichtigkeit der Interessensvertretungen für die burgenländischen Städte und Gemeinden und die gute Zusammenarbeit mit dem Land Burgenland: „Der Städtebund und der GVV sind starke Interessensvertretung für unsere burgenländischen Städte und Gemeinden und ein wichtiger Ansprechpartner für das Land Burgenland. Dadurch konnten viele Vorhaben partnerschaftlich umgesetzt werden!“

GVV Präsident Erich Trummer gratulierte Elisabeth Böhm ebenfalls und bedankte sich bei Ingrid Salamon und dem ausscheidenden Geschäftsführer Karl Aufner: „Ich gratuliere Lisa Böhm zur Wahl und möchte mich bei der scheidenden Vorsitzenden Ingrid Salamon und ihrem Geschäftsführer für die gute Zusammenarbeit, die Unterstützung und ihren Einsatz für die burgenländischen Städte und Gemeinden herzlich bedanken. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit der neuen Städtebund-Vorsitzenden Elisabeth Böhm und ihrer neuen Landesgeschäftsführerin Judith Silber-Reiner.“



Elisabeth Böhm folgt Ingrid Salamon an der Spitze des Städtebundes Burgenland. Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf gratulierte Böhm und bedankte sich bei Ingrid Salamon und beim scheidenden Städtebund Burgenland Geschäftsführer Karl Aufner

Foto: Städtebund Burgenland



Vertragsverletzungsverfahren – Aufholbedarf im Umweltrecht

Die aktuelle Welle an Vertragsverletzungsverfahren zeigt, dass die Kommission die Umsetzung des Umweltrechts kontrolliert und es vielerorts noch großen Aufholbedarf gibt.

Was viele von Reisen kennen, führt nun auch zu Rügen der EU-Kommission. Griechenland, Bulgarien, Kroatien, Rumänien und die Slowakei werden wegen gravierender Mängel in der Abfallwirtschaft und bei der Umsetzung der Deponierichtlinie von der Kommission an die Kandare genommen. Es geht u.a. um Deponierung ohne Vorbehandlung, fehlende Stabilisierung organischer Stoffe oder mangelnde Mülltrennung in der Abfallwirtschaft. Sollten die Länder nicht rechtzeitig reagieren und die Mängel beheben, drohen eine Klage und in letzter Konsequenz Strafzahlungen.

Bei der Umsetzung von NATURA-2000 Schutzmaßnahmen ist die Kommission bereits einen Schritt weiter. Bulgarien wird verklagt, nachdem es auf die schon 2019 ergangene Aufforderung zur Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten nicht reagiert hat. Bis dato sind 194 von 229 Gebieten noch nicht geschützt.

Ähnlich ergeht es Portugal, das seit 2019 wegen überhöhter Stickstoffdioxidwerte auf Basis der Luftqualitätsrichtlinie gerügt wird. Da in drei Regionen keine Verbesserungen nachweisbar sind, erfolgt ebenfalls eine Klage vor dem EuGH.

Arbeitsprogramm der Kommission der Europäischen Union 2022

Mitte Oktober veröffentlichte die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2022. Die Umsetzung des grünen Deals und die digitale Dekade sind oberste Prioritäten. Beides wird auch die Gemeinden betreffen.

Die EU-Kommission will die Umwälzungen der Krise nutzen um positive Umbrüche anzustoßen. Das betrifft nicht nur den digitalen und ökologischen Wandel, wo laufende Gesetzgebungsprozesse abgeschlossen und neue Vorschläge vorgelegt werden sollen. Die Kommission plant auch einiges im Bereich der Gesundheits-, Sozial- und Bildungspolitik. 2022 soll zudem das Europäische Jahr der Jugend werden. Die Reform der Fiskalpolitik wird angegangen, erste Diskussionen dazu fanden bereits statt.

Für Gemeinden unmittelbar von Interesse sind folgende Pläne:

- Null-Schadstoff-Paket, das u.a. die Luftqualitätsrichtlinie, eine integrierte Wasserbewirtschaftung sowie Maßnahmen gegen Mikroplastik enthält.
- Europäische Pflegestrategie, wo ein Reformrahmen für Kinderbetreuung und Pflege geschaffen werden soll, der sich sowohl mit den Bedürfnissen der Schutzbefohlenen als auch den Arbeitsbedingungen der Betreuerinnen und Pfleger befassen soll.
- Umsetzung der OECD-Vereinbarung über eine globale Mindeststeuer.

Auch die Revision der Kommunalwahlrichtlinie soll noch dieses Jahr präsentiert und somit nächstes Jahr verhandelt werden.

„One-in-one-out“-Grundsatz

Um den Aufwand im Zusammenhang mit den politischen Zielen der EU so gering wie möglich zu halten, wird sich die Kommission bei diesem Arbeitsprogramm vollumfänglich an den „One-in-one-out“-Grundsatz halten. Dadurch wird sichergestellt, dass bei der Einführung unvermeidlicher Belastungen systematisch und proaktiv diese Belastungen verringern werden, die durch bestehende Rechtsvorschriften im selben Politikbereich verursacht werden. Die vo-



raussichtlichen Kosten für die Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften werden transparenter quantifiziert und systematisch in Folgenabschätzungen dargelegt. Eine bessere Rechtsetzung wird auch Nachhaltigkeit und den digitalen Wandel weiter fördern, indem der Fokus auf die Grundsätze „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ und „standardmäßig digital“ gelegt wird.

Nächste Schritte

Die Kommission wird Gespräche mit dem Parlament und dem Rat aufnehmen, um eine Liste gemeinsamer gesetzgeberischer Prioritäten zu erstellen, zu denen nach Ansicht der gesetzgebenden Organe rasch Maßnahmen eingeleitet werden sollen. Die Kommission wird weiterhin mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und sie dabei unterstützen, die Umsetzung der neuen und bestehenden EU-Vorschriften sicherzustellen. Und wird nicht zögern, das EU-Recht bei Bedarf im Wege von Vertragsverletzungsverfahren durchzusetzen.

Hintergrund

Die Kommission legt jedes Jahr ein Arbeitsprogramm vor, in dem sie darlegt, welche Maßnahmen sie im kommenden Jahr in Angriff nehmen möchte. Dem Arbeitsprogramm können die Bürgerinnen und Bürger sowie die an der Gesetzgebung beteiligten Organe der EU entnehmen, welche neuen Initiativen die Kommission vorlegen, welche nicht verabschiedeten Vorschläge sie zurückziehen und welche bestehenden EU-Vorschriften sie überarbeiten wird. Nicht im Arbeitsprogramm erfasst sind hingegen die laufenden Aufgaben der Kommission, d. h. ihre Rolle als Hüterin der Verträge. Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2022 ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und den beratenden Gremien der EU.

Grüner Strom ohne Eigenkapital

KOMMUNALVERTRIEB
PIRKER

Die Technik ist ausgereift und effizient. Die Förderungen liegen bereit

Und es ist heute möglich, grüne Energiesysteme ohne Eigenkapital zu errichten. Kommunalvertrieb Pirker zeigt, wie es geht und empfiehlt, die Projekte unbedingt mit Jahresbeginn zu starten, um die Förderungen noch 2022 zu erhalten. Jetzt hat der Wandel tatsächlich begonnen. Noch nie war in den Gemeinden das Interesse an der Errichtung grüner Energiesysteme derart groß wie in diesem Jahr. Gleich mehrere Faktoren haben dazu geführt. An erster Stelle ist es natürlich der Wunsch, vor Ort zur Energiewende beizutragen und damit auch den immer weiter steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken. Eine zweite treibende Kraft ist die drohende Gefahr des Strom-Blackouts, die viele Bürgermeister*innen dazu bewegt, eine unabhängige Energieversorgung aufzubauen. Und drittens wirkt selbstverständlich der Fördertopf noch einmal verstärkend.

Grüne Energie erzeugen, speichern und managen!

Gerade wenn es um Fördermittel geht, sollte eines aber nicht übersehen werden: Künftig steht die Förderung von Komplett-Systemen im Zentrum, also von Anlagen, die grünen Strom erzeugen, speichern und managen. Außerdem erhöhen sich die Förderchancen und Vorteile dort, wo zusätzlich Energiegemeinschaften aufgebaut werden. Um Gemeinden bei der Umsetzung dieser Projekte von A bis Z unterstützen zu können, gründete Kommunalvertrieb Pirker die ARGE Kommunale Energie, ein Spezialisten-Pool, auf den je nach Bedarf zugegriffen werden kann.



Freistadt errichtet größtes dezentrales kommunales Energiesystem. Ohne Eigenkapital.



Jetzt starten und die Förderungen 2022 noch erhalten

Kommunalvertrieb Pirker bietet für grüne Energiesysteme maßgeschneiderte Betreibermodelle an. Die Anlagen können angekauft und selber betrieben oder die Dächer vermietet – sie können aber auch von einem externen Partner errichtet und betrieben werden.

Hannes Pirker:

»Als erfahrener Projektabwickler im kommunalen Bereich weiß ich, dass bei jedem Bau auch die Einbindung regionaler Firmen wichtig ist. Das machen wir natürlich gerne. Für knappe Budgets haben wir Modelle ohne Eigenkapital. Wichtig ist nur ein schneller Start mit einem Erstgespräch ab Jänner 2022.«

Zu Österreichs Vorreitern gehört Freistadt

wo im Herbst 2021 mit der Errichtung des grünen Energiesystems begonnen wurde. In der ersten Ausbaustufe werden auf sieben Dächern der Stadt PV-Anlagen mit Speichern in ein intelligentes Energiemanagements-System integriert.

Grüne Energie gewinnen, speichern und managen – OHNE Kapitaleinsatz

Kommunalvertrieb Pirker ist der erfahrene Partner dafür.

Weitere Infos & Terminanfragen für ein **kostenloses** Erstberatungsgespräch auf



kommunalvertrieb-pirker.at



Bundesauszeichnung für Inge Posch-Gruska: Mit dem großen Goldenen Ehrenzeichen der Republik Österreich wurde GVV Vizepräsidentin BR a.D. Inge Posch-Gruska ausgezeichnet. Mario Lindner, Abgeordneter zum Nationalrat und Bereichssprecher für Gleichbehandlung, Diversität und LGBTIQ, und Kolleginnen und Kollegen des Österreichischen Bundesrates gratulierten der Ausgezeichneten. *Foto: LMS*



Bürgermeister a.D. Andreas Zsifkovits erhielt Victor-Adler-Plakette

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst verliehen die Victor-Adler-Plakette an den Stinatzter Alt-Bürgermeister Andreas Zsifkovits. Der 94-Jährige war von 1958 bis 1987 Gemeinderat seiner Heimatgemeinde und von 1959 bis 1970 Bürgermeister. Unter seiner Ägide wurden zahlreiche wichtige Infrastrukturprojekte umgesetzt, unter anderem die Errichtung einer Arztordination sowie einer Sportstätte samt Kabine, die Fertigstellung der Ortswasserleitung, die Erneuerung der Gemeindestraßen, der Feldwege und der Ortsbeleuchtung, eine massive Aufrüstung der Feuerwehr oder die Errichtung der Ortskanalisation. *Foto: SPÖ Stinatz*

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M